Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1700

Der Bundesminister für Wirtschaft
Z A 3 – 18 14 23/26

Bonn, den 2. Mai 1967

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Einsatz von Gastarbeitern und Stabilität der Wirtschaft**

Bezug: **Kleine Anfrage der Fraktion der FDP**
– Drucksache V/1593 –

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dem Ergebnis der Untersuchungen von Professor Dr. Karl Föhl ein (Sonderdruck aus „Kyklos" Vol. XX – 1967 – Fasc. I, Stabilisierung und Wachstum bei Einsatz von Gastarbeitern), daß der Einsatz von Gastarbeitern gesamtwirtschaftlich problematisch sei,

- weil nach Professor Föhl die Nachfrage nach Investitionsgütern in diesem Zusammenhang den Bedarf an Arbeitskräften erheblich erhöhen werde und somit „ein wachsender Teil der ausländischen Arbeitskräfte damit beschäftigt ist, das Güterangebot für die eigene Nachfrage herzustellen" (Professor Dr. Tuchfeldt, Bern, in „Wirtschaftsdienst", Heft 12, Dezember 1965, Verlag Weltarchiv Hamburg, S. 643),
- weil nach Professor Föhl das Ziel einer Stabilisierung des Preisniveaus und einer Verbesserung der Pro-Kopf-Wachstumsquote dadurch nicht erreicht werden könne,
- weil nach Professor Föhl aber auch die Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte gefährlich für die Vollbeschäftigung sei, so daß der Gastarbeitereinsatz nicht nur die erstrebte Stabilisierungseinwirkung verfehle, sondern zugleich die inländische Wirtschaft in eine höchst unerwünschte konjunkturell labile Lage bringe?

Die Fraktion der Freien Demokratischen Partei wünscht von der Bundesregierung eine Beurteilung der Thesen von Professor Föhl. Die Bundesregierung hält es für problematisch, zu wissenschaftlichen Modelluntersuchungen Stellung zu nehmen. Sie möchte die wissenschaftliche Beurteilung der Thesen von Professor Föhl der Wissenschaft selbst vorbehalten. Die nachfolgende Stellungnahme sollte daher nicht als eine Auseinandersetzung mit der Modelluntersuchung von Professor Föhl gewertet werden.

I.

Die Antwort auf die Frage, ob die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht mit Stabilität des Preisniveaus, hohem Beschäftigungsstand, außen-

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

wirtschaftlichem Gleichgewicht und angemessenem Wachstum fördert, hängt in der Hochkonjunktur entscheidend davon ab, ob das durch die Beschäftigung von Ausländern bewirkte zusätzliche Angebot größer ist als die damit verbundene zusätzliche Nachfrage.

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß diese Frage nicht allgemeingültig beantwortet werden kann. Es hängt ganz von den Besonderheiten des jeweiligen Konjunkturaufschwungs, von der Frage der regionalen und sektoralen Verteilung der zusätzlichen Arbeitskräfte und von den Verhältnissen in den einzelnen Betrieben ab, ob das zusätzliche Angebot die zusätzliche Nachfrage überwiegt – oder umgekehrt.

Bei aller Vorsicht in der konjunkturpolitischen Beurteilung wird man speziell für die erste Hälfte der sechziger Jahre folgendes sagen können: Die Wirtschaft der Bundesrepublik hatte sich praktisch ein Jahrzehnt lang auf eine kräftig wachsende Erwerbstätigenzahl eingestellt. Nach 1960/61 hörte der Zustrom von deutschen Arbeitskräften aus Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland praktisch auf. Die natürliche Entwicklung der Bevölkerung und die weitere Ausdehnung der Frauenerwerbsarbeit ließen einen nur geringen Zuwachs des einheimischen Arbeitskräftepotentials erwarten.

Eine Volkswirtschaft ist aber auf Kontinuität angewiesen. Zur Vermeidung von Friktionen war es deshalb wertvoll, daß in der ersten Hälfte der sechziger Jahre die Unternehmungen verstärkt ausländische Arbeitskräfte einstellen konnten und dies auch getan haben. Die Bundesregierung ist deshalb der Ansicht, daß für den genannten Zeitraum die konjunktur-stabilisierenden Wirkungen der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer das Übergewicht hatten.

Die These, der zunehmende Anstieg der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, insbesondere 1965, habe keine stabilisierende Wirkung ausgeübt, der Geldwertschwund sei vielmehr gerade in diesem Jahr besonders kräftig gewesen, ist methodisch problematisch. Der Einfluß der ausländischen Arbeitnehmer auf Konjunktur und Geldwert könnte einwandfrei nur dann ermittelt werden, wenn es eine Möglichkeit gäbe, isolierend festzustellen, welche Entwicklung eingetreten wäre, wenn die zusätzliche Beschäftigung unterblieben wäre.

Die Sorge, daß ein Rückgang der Beschäftigung der Ausländer zu einem konjunkturellen Abwärtsprozeß führen kann, ist unbegründet. Einmal ist nicht zu erwarten, daß die ausländischen Arbeitskräfte von sich aus in großer Zahl plötzlich die Bundesrepublik verlassen; zum anderen ist kaum anzunehmen, daß selbst in einem solchen unwahrscheinlichen Fall „monokausal" eine Depression eingeleitet würde. Das Verhalten von Unter-

nehmern und einheimnischen Konsumenten sowie vor allem die staatliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bestimmen viel stärker das Wirtschaftsgeschehen. Im übrigen zeigt auch die jüngste Erfahrung der Schweiz, daß ein gewisser Rückgang der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer keineswegs zu stärkeren konjunkturellen Einbrüchen führen muß.

Unter einem etwas anderen Gesichtspunkt lassen sich im Hinblick auf eine konjunkturelle Abschwächung für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer sogar ausgesprochen günstige Wirkungen aufzeigen. Da ein erheblicher Teil der ausländischen Arbeitnehmer nur für eine begrenzte Zeit in der Bundesrepublik arbeiten will, muß eine große Zahl von ihnen immer wieder durch Neuanwerbung ersetzt werden. Daraus ergibt sich aber auch, daß allein schon durch eine Veränderung der Nachfrage der Unternehmen nach ausländischen Arbeitnehmern deren Beschäftigung flexibel gehalten wird. Gerade die jüngsten Erfahrungen mit der konjunkturellen Entwicklung haben dies sehr nachdrücklich gezeigt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum sind gegenwärtig etwa 200 000 ausländische Arbeitskräfte weniger in der Bundesrepublik beschäftigt.

II.

Maßgebend für die Beurteilung der Beschäftigung der ausländischen Arbeitnehmer im Hinblick auf die nationale Güterversorgung ist die Frage, ob dadurch das Sozialprodukt je Kopf der deutschen Bevölkerung größer wird.

In der Diskussion um die ausländischen Arbeitnehmer ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß deren Beschäftigung es erlaube, alte Arbeitsplätze mit geringer Arbeitsproduktivität zu erhalten, während sonst bei gegebenem Investitionsvolumen und bei vollbeschäftigtem nationalen Arbeitskräftepotential alte Arbeitsplätze durch neue, produktivere verdrängt worden wären. Die Verdrängung von weniger produktiven Arbeitsplätzen würde nur eintreten, wenn die berufliche, regionale und betriebliche Mobilität der Arbeitskräfte hinreichend groß ist; soweit Informationen hierüber vorliegen, ist diese Beweglichkeit für die Bundesrepublik – zumindest vorerst – nicht allzu hoch zu veranschlagen. Demgegenüber weisen gerade die ausländischen Arbeitnehmer eine hohe Mobilität auf, die ihre Beschäftigung in den jeweiligen Brennpunkten des Bedarfs (bei denen es sich häufig um Branchen mit kräftigem Produktivitätsfortschritt handelt) sicherstellt. Man kann auch nicht von der Annahme ausgehen, in der Bundesrepublik wäre bei „geschlossenem" Arbeitsmarkt eine extreme Arbeitskräfteknappheit eingetreten, die dann die Umsetzung der Kräfte erzwungen hätte, während durch den „offenen" Arbeitsmarkt die gegebene Arbeitskräfteverteilung zementiert worden sei. Der Druck zur Umsetzung in produktivere Verwendungszwecke ist bei dem

großen Angebot an offenen Stellen in den Jahren der Hochkonjunktur für sich allein noch groß genug gewesen, um den immerhin vorhandenen umsetzungsbereiten Personenkreis an produktiveren Arbeitsplätzen zu beschäftigen.

Deshalb ist die Annahme gerechtfertigt, daß sich die Arbeitsproduktivität mit der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften etwa ähnlich entwickelt haben dürfte, wie es ohne diesen Faktor der Fall gewesen wäre. Die Wertschöpfung aus der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ist daher durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht geschmälert worden. Der von den ausländischen Arbeitnehmern bewirkte Zuwachs am Bruttosozialprodukt ist also nach Abrechnung des Konsums dieser Arbeitnehmer eine „echte" zusätzliche Güterversorgung für die deutsche Volkswirtschaft.

Geht man davon aus, daß das Investitionsvolumen wegen der Beschäftigung zusätzlicher ausländischer Arbeitnehmer wächst, so wird die vorstehend gemachte Aussage modifiziert werden müssen. Die Bundesregierung ist hier der Ansicht, daß der durch die Beschäftigung eines ausländischen Arbeitnehmers verursachte private und öffentliche Investitionsbedarf nicht über den durchschnittlichen Investitionsaufwand für einen deutschen Erwerbstätigen hinausgeht. Sie sieht sich damit in der Auffassung bestätigt, daß der ausländische Arbeitnehmer schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zur Verbesserung der Güterversorgung der Bundesrepublik beiträgt.

Schiller